

Einweg-Vapes im Visier: Warum Deutschland jetzt handeln muss!

Die EU und Deutschland steuern auf ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten zu, um Umwelt und Gesundheit zu schützen.

Vereinigtes Königreich - Großbritannien setzt mit einem strikten Verbot gegen Einweg-E-Zigaretten ein Zeichen im Kampf um die Gesundheit der Jugend. Premierminister Rishi Sunak kündigte an, dass bis zum 1. Juni 2025 die Einweg-Vapes, die besonders bei Minderjährigen beliebt sind, gänzlich aus dem Verkehr gezogen werden sollen. Dies sei eine Notwendigkeit, um dem besorgniserregenden Anstieg des Konsums unter Jugendlichen entgegenzuwirken. Auch die Auswahl an Geschmacksrichtungen wird stark eingeschränkt – die Verpackungen sollen weniger ansprechend gestaltet werden, um das Interesse junger Menschen zu minimieren, wie die britische Regierung berichtet.

Umwelt- und Gesundheitsrisiken

Die Probleme mit Einweg-Vapes sind nicht nur gesundheitlicher Natur. Berichten des „Guardian“ zufolge landen wöchentlich im Vereinigten Königreich rund 8,2 Millionen Vapes im Müll oder werden nicht korrekt recycelt. Das hat fatale Konsequenzen für die Umwelt: Die Entsorgung dieser Geräte kann Brände in Müllfahrzeugen und Müllanlagen auslösen – ein Anstieg um 71 Prozent im Vergleich zu 2022. Diese Geräte sind zudem giftig für die Wildlife, wenn sie in der Natur landen. In Deutschland sieht der Bundesrat ebenfalls Handlungsbedarf und hat für ein ähnliches Verbot plädiert. Zudem wollen EU-Behörden Einweg-Vapes bis Ende 2026 vom Markt verbannen, um die

Recyclingproblematik in den Griff zu bekommen.

Auf politischer Ebene kommen die Bestrebungen gegen Einweg-Vapes nicht von ungefähr. In Österreich befürworten 83 Prozent der Bevölkerung ein Verbot dieser Produkte, wie eine kürzlich veröffentlichte Studie zeigt. Der Klang der Debatte ist eindringlich: Lehrer berichten von Suchtverhalten bei Schülern und die Ärztekammer Nordrhein warnt vor den negativen Auswirkungen auf die Gesundheit sowie dem Anreiz für Jugendliche, Nikotinprodukte zu konsumieren. Während andere Länder wie Frankreich bereits ein Verbot eingeführt haben, bleibt Deutschland vorerst hinterher, doch die Diskussion über die schädlichen Effekte macht zuversichtlich, dass auch hier bald Richtlinien folgen könnten, um die Bevölkerung und vor allem die Jugend zu schützen.

Details	
Vorfall	Umwelt
Ort	Vereinigtes Königreich
Quellen	• www.heute.at • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at